

Hochschule 1976: Hessische Präsidenten über ihre Universitäten

(Pr.) *Die alte Feststellung, in der Universität untersuche man alles, nur nicht die Universität selbst, trifft mit geringen Einschränkungen auch heute noch zu. Nicht geklärt ist z. B., welche Kräfte gegenwärtig den stärksten Einfluß auf das Leben der Hochschule haben. Unterliegt es vor allem den Prägungen durch Sachgesetze und Sachzwänge? Oder wird es mehr durch einzelne Personen geformt? Sicher dürfte sein, daß die Hochschulpräsidenten beträchtliche Gestaltungsmöglichkeiten haben. Deshalb ist es wichtig, ihre Sicht der Probleme und ihre Lösungsüberlegungen zu erfahren.*

Die Redaktion hat die Präsidenten der hessischen Hochschulen und Universitäten um Stellungnahmen zu einigen aktuellen Problemen gebeten. Die ihnen vorgelegten Fragen haben folgenden Wortlaut:

- 1. Welches sind die aktuellen Hauptprobleme Ihrer Universität? Gemeint sind nicht allgemeine Hochschulprobleme, sondern deren besondere lokale Erscheinungsformen. Gemeint sind auch nicht nur und nicht einmal primär die finanziellen Fragen. Wichtiger oder genauso wichtig wäre, spezielle Schwierigkeiten der . . . (Darmstädter, Frankfurter, Gießener, Kasseler, Marburger) Universität kennenzulernen, die nicht unbedingt mit dem Geld zu tun haben müssen.*
- 2. Welche Lösungen empfehlen Sie für diese Probleme, welche halten Sie für realistisch?
Der Akzent sollte hier auf den kurzfristigen Lösungsideen liegen.*
- 3. Welche langfristigen Lösungen sind nach Ihrer Auffassung zweckmäßig und sinnvoll?*
- 4. Worin sehen Sie die besonderen Vorzüge der Hochschulsituation in Hessen, worin die besonderen Nachteile, wenn Sie Hessen mit anderen Bundesländern vergleichen?*

Helmut Böhme

Spezielle Probleme der Technischen Hochschule Darmstadt

- 1. Die spezielle Problematik der TH Darmstadt ist vor allen Dingen gekennzeichnet durch ihren Charakter eben als Technische Hochschule. Technische Hochschulen haben unstreitig eine andere Mentalität — so*

fern Hochschulen überhaupt als solche eine Mentalität haben können — als die klassischen Universitäten. Es gelten hier nicht die Kriterien des Philosophierens, Theoretisierens, Diskutierens, ja auch Spekulierens; die Welt einer TH ist bestimmt durch Messen, Bauen und Konstruieren. Entweder stimmt die Rechnung, hält das Gebäude oder nicht. Eine Diskussion hierüber ist weder erlaubt, noch möglich.

Dies ist zugegebenermaßen eine sehr vergrößernde Sicht der Dinge, jedoch kann damit schlaglichtartig dargestellt werden, was Technische Hochschulen von Universitäten unterscheidet. Korrelat zu dieser Einstellung ist die starke Industriebezogenheit einer Technischen Hochschule. Dies bringt spezielle Vor- und Nachteile mit sich.

Der Vorteil ist darin zu sehen, daß der von vielen Stellen im Bereich der Studienreform häufig geforderte Praxisbezug in einer Technischen Hochschule sehr viel stärker ist. Dies rührt nicht allein daher, daß die Mehrzahl der Professoren in den technischen Bereichen aus der Industrie berufen wird; der Grund liegt auch darin, daß viele Arbeiten in Lehre und Forschung unmittelbar praktisch verwertbar sind und auch verwertet werden sollen. Hierin liegt gleichzeitig auch eine Gefahr: Die Abhängigkeit von dieser von außen vorgegebenen Praxis kann dazu verleiten, daß die Forschung — und damit auch die Lehre — in ein reines Fahrwasser der Verwertung gerät und nicht mehr in der Lage ist, ihre Voraussetzungen und Folgen zu reflektieren und zu überdenken.

Diese Umstände machen das Problem der Studienreform auch an einer Technischen Hochschule besonders dringlich. Dies ist nun allerdings kein spezielles Problem: Die Forderung nach Studienreform ist bereits zu einem „ceterum censeo“ geworden. Es stellt sich aber doch in einer besonderen Weise, weil das konstruktiv — experimentelle Arbeiten besondere Formen der Studienreform erfordert.

2. Neben dieser Aufgabe, die als Problembewältigungsbereich absolute Priorität hat, sind eine Reihe von organisatorischen Schwierigkeiten zu nennen, die einer Lösung zugeführt werden müßten. Ich denke hier an die Bereinigung einiger Probleme der 1971/72 durchgeführten Veränderungen der Personalstruktur mit ihrer besonderen Auswirkung des Darmstädter „Ingenieurprivilegs“ und an eine Klärung der Infrastruktur in zweierlei Hinsicht: Einmal müssen die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, um das überkommene Lehrstuhlprinzip, das an sich bereits durch das HUG abgeschafft worden ist, nunmehr auch realiter zu beseitigen. Zum anderen müssen Probleme der Mindestausstattung geklärt werden, d. h. es muß insbesondere ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Hochschullehrern und wissenschaftlichem Service hergestellt werden, ohne den eine wissenschaftlich begründete Ingenieurausbildung nicht möglich ist.

3. Ich halte es für problematisch, nur zwischen kurz- und langfristigen Lösungsmöglichkeiten zu unterscheiden. Zu unterscheiden ist allenfalls zwischen mehreren möglichen Prioritäten und hier sind Entscheidungen zu treffen. Dabei ist die Bewältigung der Studienreform nicht zuletzt in Anbetracht des zu erwartenden Studentenbergs unbedingt vordringlich. Die TH Darmstadt, die im Gegensatz zu den meisten Universitäten für jeden Studiengang durchnormierte Studienpläne aufweist, erarbeitet gerade eine Rahmenprüfungs- und Studienordnung, die den normativen Bezugsrahmen für sämtliche Studiengänge (außer den staatlichen Studiengängen) darstellen soll. Hier ist es erforderlich, die notwendige Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der Studiengänge mit der ebenso notwendigen Flexibilität der einzelnen Bereiche zu harmonisieren. Dabei halte ich es für unbedingt erforderlich, Einseitigkeiten zu vermeiden. Auch der Student, der gezwungen ist, im Studentenberg zu studieren, hat einen Anspruch auf eine Ausbildung, die ihn hinterher im Berufsleben nicht zum willenlosen Objekt der Umstände werden läßt. Deshalb wird in der TH Darmstadt eine Verflechtung der Studiengänge in den Ingenieur-, Natur- und Sozialwissenschaften in der Weise angestrebt, daß diese drei Bereiche jeweils einen eigenständigen und grundsätzlich gleichberechtigten Faktor innerhalb jedes Studienganges darstellen. Genauso wie der zukünftige Ingenieur Kenntnis von seiner sozialen Umwelt haben muß, genauso muß der angehende Sozialwissenschaftler in der Lage sein, wenigstens annähernd Entwicklungen und Tendenzen der Technik zu verstehen.

Die anderen von mir angesprochenen, mehr hochschulorganisatorischen Problemfelder, sind Fragen der hochschulinternen wie -externen Entscheidungen. Es bedarf einer Universitätsorganisation, die sich nicht wesentlich abhebt von den Einsatzfeldern, in denen der Student zukünftig seinen Beruf ausüben muß. Dabei scheint es mir ein Mißverständnis zu sein, wollte man gerade in der „Hierarchisierung“ ein Kennzeichen der Industrieorganisation sehen und in der „Demokratisierung“ ein Kennzeichen der neueren Universitätsorganisation. Beides ist sicherlich nur bedingt richtig: Weder ist die Industrie durchgängig hierarchisiert, noch gar sind die Universitäten durchgängig demokratisiert. Die letztere Behauptung mag infolge der neueren Universitätsgesetzgebung erstaunlich klingen, doch sollten hier nicht die in der Öffentlichkeit immer wieder, häufig zu unrecht, vorgestellten „Schreckensbilder“ den Schluß nahelegen, in den Universitäten werde nur noch politisiert. Dies jedenfalls ist für die TH Darmstadt nicht der Fall.

4. Die zuletzt gemachten Ausführungen führen gleichzeitig zu dem Problem, inwieweit die Hochschulsituation in Hessen, die im Gesamtkontext bisweilen als extrem fortschrittlich dargestellt wird, sich zu der Situation

in anderen Bundesländern verhält. Dabei gestehe ich offen zu, daß in den Hochschulreformdiskussionen in den letzten Jahren Fehler gemacht worden sind, daß auch Fehler in Hessen gemacht worden sind. Eine nicht ausgewogene zunächst durch äußere Interessen gebundene Personalstruktur hat zu Verzerrungen geführt, die in der Zukunft zu beseitigen sind.

Die sonstige Organisationsstruktur der Hochschulen halte ich für durchaus angemessen und rational, sie ermöglicht eine Konfliktaustragung, die nicht nur eine Aufsummierung von Interessen darstellt, sondern immer wieder in rationale und rationalisierbare Entscheidungen einmünden kann.

Problematisch scheint mir zu sein, daß der Gesamtrahmen der Hessischen Landespolitik den Hochschulen nicht mehr denjenigen Stellenwert einräumt, der ihnen früher zukam und den sie auch in Anbetracht des Bildungsauftrages und des Massenproblems in Zukunft haben werden. Hier sollte auch durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Hochschulen dafür Sorge getragen werden, daß sie wieder den ihnen zukommenden Rang einnehmen.

Hans-Jürgen Krupp

Aktuelle Hauptprobleme der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Die aktuellen Hauptprobleme der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt lassen sich nur schwer von der allgemeinen hochschulpolitischen Entwicklung lösen. Im Mittelpunkt der hochschulpolitischen Diskussion in Frankfurt steht heute die Frage, inwieweit die Universität der Verantwortung für ihre Absolventen noch gerecht werden kann. Seit 1960 ist der Anteil eines Altersjahrganges, der die Universität besucht, von ca. 7 auf 21 % gestiegen. Er hat sich verdreifacht. In diesem Umfang sind die klassischen Akademikerpositionen im Beschäftigungssystem nicht vermehrt worden. Die Absolventen der Hochschule sind daher darauf angewiesen, sich neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen. Diese werden mit Sicherheit nicht nur in den traditionellen, Akademikern vorbehaltenen Spitzenpositionen zu finden sein. Damit kommt auf die Universität die Aufgabe zu, ihr Studienplatzangebot strukturell zu verändern.

Hierin liegt wahrscheinlich die letzte Chance der Hochschulautonomie. Nur wenn die Universität in der Lage ist, dieses zentrale Problem aus eigener Kraft zu lösen, wird sie in Zukunft glaubhaft auf ihrer Autonomie be-

stehen können. In der Universität Frankfurt gibt es seit etwa einem Jahr eine sehr intensive Diskussion um die Konsequenzen, welche die Expansion des tertiären Sektors für seine Struktur haben muß. Die dabei anstehenden Entscheidungen sind in vielerlei Hinsicht schmerzhaft. Ein Teil der in den letzten Jahren mehr oder weniger willkürlich ausgebauten Kapazitäten, insbesondere im Lehrerbereich, muß wieder abgebaut werden.

Fachbereiche, deren Absolventen schon heute mit Einkommenseinbußen rechnen müssen, bekommen durch die Einführung neuer Studiengänge zusätzliche Konkurrenz. Der Ausbau harter Numerus clausus-Fächer zieht Sachmittel an anderen Stellen ab, in denen sie auch dringend benötigt werden. Die Einführung neuer Studiengänge ohne wesentliche Zuwächse im Personal- und Sachmittelbereich bedeutet, daß in vielen Bereichen Opfer gebracht werden müssen. Entscheidungen dieses Typs sind Selbstverwaltungsgremien kaum zuzumuten. Dessen ungeachtet sind sie notwendig, wenn Autonomie legitimiert werden soll.

In den letzten Sätzen sind zugleich die wichtigsten kurz- und langfristigen Lösungsmöglichkeiten angesprochen. Zahlreiche Studiengänge müssen in ihrem quantitativen Umfang reduziert werden. Durch neue tätigkeitsfeldorientierte Schwerpunktbildung sind die Beschäftigungschancen der Absolventen zu verbessern. Studienreform ist nötiger denn je. Die Einführung neuer Studiengänge eröffnet schließlich neue und zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochschulabsolventen.

Angesichts der Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung ist es nicht verantwortbar, sich auf einzelne Maßnahmen zu beschränken. Es muß ein in sich abgestimmtes Programm vorgelegt werden.

Eine der möglichen Maßnahmen in diesem Zusammenhang wäre die Reduzierung der Studienplatzzahlen. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese angesichts der geburtenstarken Jahrgänge generell verantwortet werden kann. In der Universität Frankfurt ist dies in keinem Fall möglich, da eines der zentralen Probleme des südhessischen Ballungsraumes die Unterversorgung mit Studienplätzen ist. Im südhessischen Raum, in dem rund 50 Prozent der Bevölkerung des Landes Hessen wohnen, gibt es nur 38 Prozent der Studienplätze (ohne Ingenieurwissenschaften). Diese werden überwiegend von der Universität Frankfurt angeboten. Die Entwicklung der letzten Jahre hat dazu geführt, daß Bevölkerungskreise an die Universität kommen, deren regionale Mobilität schon aus finanziellen Gründen begrenzt ist. Viele von ihnen können nur dann studieren, wenn ein Studienplatz in der Region des Wohnorts angeboten wird. Ein Studienplatz in Kassel nützt Angehörigen dieser Bevölkerungsschichten nichts. Die Realisierung größerer Chancengleichheit im Hochschulbereich erfordert daher auch eine regionale Studienplatzstruktur, die der Bevölkerungsverteilung entspricht. An dieser Stelle hat Hessen noch viel nachzuholen.

Für die Frankfurter Universität ergeben sich aus dieser Situation zahlreiche Probleme. Einerseits ist ein Abbau von Studienplätzen nicht zu vertreten, andererseits fehlen in Frankfurt die erforderlichen Räume. Der Ausbau der Universität Frankfurt auf dem vorgesehenen Erweiterungsgelände, dem Niederurseler Hang, geriet in eine Phase extremer Knappheit öffentlicher Mittel. Heute steht dort isoliert ein einzelnes Chemiegebäude, das nicht einmal den ganzen Fachbereich Chemie aufnehmen kann. Dieser ist nach wie vor auf drei Standorte verteilt.

Die einzige Lösung wäre die Gründung einer zweiten Universität. Dieses steht jedoch in weiter Zukunft. Kurzfristig mag man zwar durch Umsetzungen einige Probleme mildern, langfristig aber nicht.

Nach wie vor leidet die Universität Frankfurt unter Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Personalstruktur. Die Vorstellungen des Jahres 1970, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland zu einer tiefgreifenden Änderung der Personalstruktur kommen würden, haben sich nicht erfüllt. Hessen steht mit seiner Personalstruktur nicht nur weitgehend isoliert da, sondern hat auch die sinnvollen Reformansätze des HUG von 1970 durch die Novellierung im Jahr 1974 beseitigt. Dazu zählt die Abschaffung des sogenannten „Kleinen Dozenten“, d. h. eines Hochschullehrers mit einer niedrigeren Eingangsqualifikation als der des Professors.

Aus der Fülle der Probleme auf diesem Gebiet seien nur zwei herausgegriffen: Die unterbrochene Karriere unseres wissenschaftlichen Nachwuchses und die Relation der einzelnen Stellenarten zu einander.

Die Novelle des HUG hat den „Kleinen Dozenten“ durch einen Hochschullehrer ersetzt, der dieselbe Eingangsqualifikation besitzt wie der Professor („Großer Dozent“). Unterhalb dieser Position gibt es für den wissenschaftlichen Nachwuchs nur den Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Die meisten dieser Stellen sind Zeitstellen und durch den BAT auf 5 Jahre beschränkt. Innerhalb dieser 5 Jahre ist es nahezu ausgeschlossen, die notwendige Eingangsqualifikation für den „Großen Dozenten“ zu erreichen. Das Ergebnis ist, daß es in Hessen z. Z. keine Möglichkeit gibt, diejenigen, die eine Hochschullehrerlaufbahn anstreben, durchgehend einzustellen. Damit hat das Land Hessen zwar den Privatdozenten abgeschafft, aber jenen Zustand wieder hergestellt, der mit diesem Begriff im 19. Jahrhundert verbunden war. Diese Situation schafft unerträgliche soziale Probleme und muß daher dringend geändert werden. Dazu sind entsprechende Aktivitäten des Landes erforderlich. Es bestehen gewisse Hoffnungen, daß in absehbarer Zeit zumindest Zwischenlösungen geschaffen werden. Um eine langfristig befriedigende Lösung zu erreichen, muß das Hessische Universitätsgesetz novelliert werden.

Die Konkurrenzfähigkeit der hessischen Universitäten wird außerdem durch die Stellenstruktur beeinträchtigt. Selbst wenn man die hessische Per-

sonalstruktur für sinnvoll hält, muß man feststellen, daß sie sich in Konkurrenz zu den Strukturen anderer Bundesländer als nachteilig erweist. Wenn wir in Hessen nur einen sehr niedrigen Anteil von H4-Professuren haben, ist es uns nicht möglich, bei dem Wettbewerb um hervorragende Wissenschaftler angemessen zu konkurrieren. Wenn wir diese Professuren darüberhinaus personalmäßig nicht so ausstatten können, wie dies in anderen Ländern der Fall ist, ist es nur sehr schwer, Wissenschaftler für die Universität Frankfurt zu gewinnen. Man kann zwar in diesen Fällen zunächst auf den hervorragenden Nachwuchswissenschaftler setzen, der es sich in der Regel nicht leisten kann, den ersten Ruf abzulehnen. Wenn man dabei Erfolg hatte, entsteht jedoch ein neues Dilemma. Diejenigen, die hervorragend sind, erhalten bald verlockende Angebote aus anderen Bundesländern, die sie dann nicht ablehnen können. In einigen Fachbereichen spielt in diesem Zusammenhang auch noch eine falsche Gleichheitsideologie eine Rolle. So sehr es wünschenswert wäre, wenn alle Kollegen in gleichem Umfang angemessen ausgestattet werden könnten, so sehr muß auf der anderen Seite sichergestellt werden, daß die Universität nicht gerade ihre besten Wissenschaftler verliert. Die Einsicht in diese Problematik nimmt jedoch zu.

Auch an dieser Stelle sind kurzfristig nur mit Hilfe des Landes Übergangslösungen möglich. Langfristig muß durch die Novellierung des HUG eine Personalstruktur geschaffen werden, die wieder zu in der Bundesrepublik vergleichbaren Verhältnissen führt. Dabei muß beachtet werden, daß die notwendigen Strukturverschiebungen nicht etwa zu einer Verringerung der Lehrkapazität führen.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt der aktuellen Probleme. Er zeigt aber schon, wie eng die Entwicklung einer einzelnen Universität heute mit der allgemeinen Hochschulpolitik verwoben ist.

| Universitäten Gesamthochschule | Land Hessen | | | |
|-----------------------------------|----------------------------|------------|--------|-------|
| | Immatrikulierte Studenten* | | | |
| | SS 1976 | WS 1976/77 | | |
| | abs. | % | abs. | % |
| Frankfurt | 21 331 | 33,6 | 24 750 | 34,8 |
| Marburg | 14 032 | 22,1 | 14 445 | 21,1 |
| Gießen | 12 947 | 20,4 | 14 300 | 20,9 |
| Darmstadt | 10 000 | 15,8 | 10 300 | 15,1 |
| Kassel | 5 127 | 8,1 | 5 500 | 8,1 |
| Gesamt | 63 437 | 100,0 | 68 295 | 100,0 |

* WS 1976/77 vorläufige Ergebnisse bzw. Schätzungen vom 12. November 1976.

Attraktives Studienangebot und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit – Hauptaufgaben der Gießener Universität

1. Das zweifellos dringendste und seit Jahren aber auch schwierigste Problem, vor dem wir stehen, ist die Neuschaffung eines attraktiven Studienangebotes, mit dem die große Zahl der Neuimmatrikulierten und die in kommenden Jahren zu erwartende noch größere Zahl von Studienbewerbern eine Ausbildung erhalten können, die ihnen eine gute Chance für eine befriedigende berufliche Tätigkeit bietet.

Dieses Problem ist durch das außerordentliche Wachstum der Studierendenzahlen entstanden und für die Justus Liebig-Universität deshalb so gravierend, weil der hohe Anteil der Lehramtsstudenten, der früher mehr als 50 % aller Studienanfänger betrug, auf Veranlassung des Kultusministers auf knapp ein Viertel der Studienanfänger reduziert worden ist. Alternativen für das Lehramtsstudium sind in den Naturwissenschaften das Diplom und in den Geisteswissenschaften der Magister. Besonders der letztere eignet sich aber in keiner Weise, um große Studentenzahlen auf eine berufliche Tätigkeit vorzubereiten.

Da an der Justus Liebig-Universität eine erhebliche Ausbildungskapazität für Lehrer aller Schularten vom Grundschullehrer bis zum Fachschullehrer und Sonderschullehrer vorhanden ist, trifft das Problem der Umstrukturierung und Neuorientierung von Studiengängen diese Universität ganz besonders. Daraus entstehen folgende Einzelprobleme:

- Die Fachbereiche, die vornehmlich Grundausbildung für Lehrämter durchgeführt haben, wie Gesellschaftswissenschaft, Erziehungswissenschaft und der Bereich pädagogische Psychologie im Fachbereich Psychologie, müssen neue Hauptfachstudiengänge entwickeln.
- Das gleiche gilt für die Sprach- und Kulturwissenschaften, deren derzeitiger Magisterabschluß auf ein breiteres und tiefer gestaffeltes Berufsfeld umgestellt werden muß.
- Da selbst die reduzierte Zahl von Lehrerstudenten künftig nicht vollständig mit einer Unterbringung in den Schulen rechnen kann, sind auch die Lehrämter mit neuen Studieninhalten auszufüllen, um den Absolventen eine flexible Berufswahl zu ermöglichen.
- Auch die meisten übrigen Studiengänge müssen ihre Studienpläne einem verschärften Wettbewerb am Berufsmarkt und der Tatsache anpassen, daß künftig ein großer Teil von Hochschulabsolventen nicht mehr die Chance hat, in Spitzenfunktionen unterzukommen.

- Da die Spitze der wachsenden Studentenzahlen bereits 1982/83 zu erwarten ist und der Umfang an Studiengängen mit schlechten Berufsaussichten, wozu ich vor allen Dingen die Magisterstudiengänge rechne, viel zu groß ist, stehen wir bei der Lösung des Problems unter erheblichem Zeitdruck.
 - Die Lösung der Probleme wird darüber hinaus durch einige Umstände sehr erschwert. So verlangt die große Zahl von betroffenen Fachbereichen eine organisatorische Unterstützung zur Koordinierung der notwendigen Anstrengungen. Stellensperren, Mangel an finanziellen Mitteln, starke Belastung der Hochschullehrer mit erhöhten Lehrdeputaten und Unsicherheit über die Erfordernisse der künftigen Berufsmärkte sind weitere Erschwernisse. Besondere Anpassungsschwierigkeiten entstehen auch dadurch, daß die traditionelle Ausbildungsstruktur der deutschen Universitäten als 1. Studienabschluß die vergleichsweise hohe Ebene des Diploms, Staatsexamens oder Magisters vorsieht, während in anderen Ländern, so in den angelsächsischen Ländern und in Frankreich, der 1. Abschluß auf einer niedrigeren Ebene, nämlich beim Bakkalaureat oder Lizentiat nach 6 Semestern liegt.
2. Ich halte die Entwicklung von sog. Kurzstudiengängen an den Universitäten für unrealistisch, weil sie von den Studienwilligen sehr wahrscheinlich, zum mindesten in den ersten Jahren nach der Einführung, nur sehr wenig angenommen werden und weil der Beginn des Studiums in einem Kurzstudiengang von vielen als diskriminierend empfunden wird. Deswegen habe ich in ersten Diskussionen mit den betroffenen Fachbereichen empfohlen, Diplomstudiengänge zu entwickeln, die eine klare Gliederung in Grund- und Hauptstudium mit einer qualifizierenden Zwischenprüfung aufweisen soll. Hierbei sollte die Zwischenprüfung so gestaltet werden, daß sie den Einstieg in eine mittlere Berufsebene ermöglicht. Ein vorzeitiger Abgang nach dem Grundstudium dürfte künftig um so eher durchsetzbar sein, je höher die Anforderung im Hauptstudium und dessen Abschluß im Diplomexamen sind und je mehr erkennbar wird, daß ein längeres Studium keineswegs eine Garantie dafür ist, berufliche Tätigkeitsbereiche zu finden, die zu Spitzenpositionen führen.
- Um bei der Neuorientierung von Studiengängen in dem dargelegten Sinne rasch zu einem Ergebnis zu kommen, halte ich darüber hinaus die Bildung von gemeinsamen Kommissionen für Studiengänge mit gleichem Aufbau und gleichem Titel (z. B. Diplomphilologe) sowie für die Neuorientierung der Lehramtsstudiengänge für erforderlich.
3. Diplomstudiengänge mit einem gestuften Studium und einem berufsqualifizierenden Zwischenabschluß können die Vorstufe für die not-

wendige Umstrukturierung der Universitäten sein, die darin liegen muß, daß der kürzere Studienabschluß der normale Abschluß wird und der längere Studiengang mit Diplomabschluß nicht nur mit höheren Anforderungen, sondern auch mit höheren Berufsrisiken verbunden ist. Langfristig brauchen wir also auch an den deutschen Universitäten einen Abschluß wie das Bakkalaureat oder Lizentiat nach dem Beispiel westlicher Länder.

4. Ein Vorzug für die hessischen Universitäten könnte das vergleichsweise hohe Maß an Eigenverantwortung für die Weiterentwicklung und für die zu leistenden Arbeiten sein, das das hessische Universitätsgesetz sowohl hinsichtlich der Bewirtschaftung von Personal- und Sachmitteln als auch der Durchführung der gestellten Aufgaben in Lehre und Forschung vorsieht. Leider macht sich hier eine Tendenz zunehmender Eingriffe durch die Kultusbürokratie hemmend bemerkbar, und ebenso fehlt es leider noch vielfach an der Erkenntnis der hohen Verantwortung, die den Universitätsmitgliedern bei der Gestaltung ihrer Universität zukommt. Allerdings meine ich, daß wir in Gießen auf eine erfolgreiche Arbeit der Leitungsgremien auf der zentralen wie auch auf der Fachbereichsebene verweisen können. Die Zahl der negativen Beispiele ist Gott sei Dank verhältnismäßig gering. Einen gravierenden Nachteil der hessischen Universitäten sehe ich in der von allen anderen Ländern deutlich abweichenden Personalstruktur und der unzureichenden Mittele Ausstattung insbesondere für Lehre und Forschung, die es uns sehr schwer machen, beispielsweise bei Berufungsverhandlungen, einen erfolgreichen Wettbewerb mit den Hochschulen anderer Bundesländer durchzustehen. Eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ist daher nicht nur durch Verzicht auf dirigistische Eingriffe, sondern auch durch Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung notwendig.

Ernst v. Weizsäcker

Gesamthochschule Kassel – Gründung in Etappen

Die GhK besteht 5 Jahre. Halbzeit im Gründungsprozeß. Die 5 nordrhein-westfälischen Gesamthochschulen sind erst 4 Jahre alt, und das Gründungsspiel wird bald abgepfiffen. Was sind die Unterschiede?

Für Duisburg, Essen, Paderborn, Siegen und Wuppertal hat die Abteilung Küchenhoff im Düsseldorfer Wissenschaftsministerium noch im Gründungsjahr 1972

- eine einheitliche Grundordnung nach dem Fachbereichsprinzip durchgesetzt,
- eine einheitliche Grundstruktur für die Integrierten Studiengänge nach dem Y-Modell bekanntgegeben,
- die Bauplanung und die Personal- und Mittelplanung für den *Endausbau* rahmenmäßig abgesehen.

In Kassel wurde zunächst nur die Lehrerbildung forciert. Die Integrierten Studiengänge nach einem besonderen konsekutiven Modell sind seit 1975 im Aufbau. Sie richten sich nach folgendem Grundmuster:

- 2 Semester Studium
- 1 Semester Praxis
- 2 Semester Studium
- 1 Semester Praxis
- 2 Semester Studium
- 1 Semester Diplomarbeit — Diplomabschluß.

Berufseintritt, u. U. nach kurzer Zeit:

- 2—4 Semester Studium (Ergänzungs- und Vertiefungsstudium)
- 2. Diplomabschluß oder Promotion.

Charakteristisch ist die organisatorische und inhaltliche Nähe zur Praxis. Während aber in den nordrhein-westfälischen Gesamthochschulen Praxisnähe mit Kurzstudium, mit Forschungsferne identifiziert wird, soll in Kassel die *praxisnahe Forschung* als Proprium einer anspruchsvollen Gesamthochschule ausgebaut werden. Doch gerade dies läßt sich nicht per Dekret herbeizaubern. Es braucht Zeit.

Praxis ist nicht disziplinär. Praxisnahe Forschung darf auch nicht disziplinär sein. Die Förderung interdisziplinärer Forschung ist schwieriger als die der herkömmlichen: Förderungsgremien, Hochschulen, Karrieren sind nach Einzelwissenschaften gegliedert. Schubladenwechsel wird unauffällig bestraft und tut weh. An der GhK versuchen wir auf der Basis einer gründlichen Forschungserhebung in einer kommunikativen Planung zwischen Wissenschaft und Hochschulspitze, oft unterstützt durch Praktiker, neue Förderungsmöglichkeiten zu erschließen. Die Mitteilungsfähigkeit und die Bereitschaft zu unkonventionellem Denken bei den Kasseler Wissenschaftlern beeindruckt mich immer von neuem und bestätigt mich in dem partizipatorischen Planungsverständnis.

Nun ist auch das ehrgeizige Ziel eines Studiums und einer Wissenschaft, in denen ernsthaft Theorie und Praxis zusammengebracht werden, sicher nicht ohne die aktive Mitarbeit der Mehrzahl der Hochschulangehörigen zu erreichen. Was für strukturelle Formen der Mitarbeit können wir anbieten, nachdem das Mitbestimmungsinstrument der Selbstverwaltungs-

gremien vielerorts entweder machtmäßig mißbraucht oder bürokratisch überfrachtet worden ist?

An einer gesetzlich noch nicht festzementierten und für die Integration der Disziplinen sowie von Theorie und Praxis besonders geeigneten Struktur wollen wir einen neuartigen Versuch starten: Mit wissenschaftlichen Zentren (WZ) nach dem HUG:

- Wir hinterfragen die „Zuordnung“ zu einem WZ, die nach HUG automatisch zur Mitgliedschaft im Direktorium führt (wodurch die Zentren entweder in Konferenzen eines großen Direktoriums zu enden drohen oder exklusiv klein bleiben). In Kassel soll die „Zuordnung“ nur auf der Basis eines genehmigten Forschungsprojekts und mindestens 1½ Jahren Verpflichtung möglich werden. Wer kürzer oder mit halber Intensität ins Zentrum will, darf das, aber er ist nicht „zugeordnet“, also nicht im Direktorium: *Mitarbeit ohne Gremienlast*.
- Wir hinterfragen die Lebensdauer. Jedes Zentrum soll nach jeweils 5 Jahren aufgelöst werden können (die Mitglieder kehren dann in ihre Organisationseinheiten bzw. Fachbereiche zurück): *Vorbeuge gegen Erbhöfe* ohne einen riesigen Kontrollapparat.
- Wir fördern den Studienbezug und die Mitarbeit der Studenten. Studenten sollen Projekte und Abschlußarbeiten im Zentrum durchführen können. Ihre Studiengänge werden entsprechend liberal gestaltet: *Mitbestimmung und Selbstbestimmung ohne Mehrheitenprobleme*.
- Wir wollen die Weiterbildung fördern. Zentren sollen ihre Praxisnähe auch durch ein u. U. zielgruppenbezogenes Weiterbildungsangebot dokumentieren.

Die Entwicklung hat gerade erst begonnen. Es zeigt sich aber bereits in Diskussionen der vorbereitenden Gruppen, daß die Bereitschaft, alte akademische Engführungen zu verlassen, unter dem Eindruck der neuen wissenschaftlichen Herausforderungen stetig wächst.

Stetiges, langsames Wachstum ist die einzige Chance für eine Reformhochschule mit neuer Semantik, nicht nur neuem Türschild. Man muß Zeit haben, aus Fehlern zu lernen. Gefährlich wird das langsame Tempo für die GhK dann, wenn die für weitere 8 Jahre nötigen Zuwächse von 60—75 Stellen jährlich nicht mehr garantiert sind.

60—75 Stellen? Ja, vor allem für das Aufbauen der kaum vorhandenen Infrastruktur. Wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Bedienstete werden dringend benötigt. Die Mehrzahl aller Fächer hat noch keinen einzigen wissenschaftlichen Bediensteten. Aber auch Hochschullehrer werden benötigt, will man die neuartigen Studiengänge nicht vollständig den für die Lehrerausbildung berufenen Universitätslehrern sowie den Fachhochschullehrern überlassen.

Auch Geld braucht die GhK reichlicher als bisher. Der zentrale Bauplatz am Holländischen Platz („Henschelei“) ist erst vor einem Jahr angekauft worden. Er ist vom Untergrund und von der vorhandenen Fabrikhallen-Substanz her viel komplizierter (aber auch viel reizvoller) als die grünen Wiesen, auf denen in Nordrhein-Westfalen gebaut wurde. Bis mindestens 1985 werden wir Baustellen haben, — zugleich ein idealer „Lernort Praxis“ für die erste Generation Studenten in Architektur- und Bauingenieurwesen und einzelne andere. Bis weit über 1985 hinaus wird Kassel eine Hochschule mit 5 Standorten bleiben, von denen einer 25 km entfernt in Witzenhausen liegt.

Studienreform, neue Wissenschaft, Geldmangel und komplizierte bauliche Entwicklung. In Anrechnung dieser schwerwiegenden Aufgaben und Schwierigkeiten wird man sagen können, die GhK sei auf ihrem etappenweisen Gründungsweg bisher erfolgreich.

Rudolf Zingel

Universitätsprobleme

Zunächst muß ich einen Vorbehalt gegen den Rahmen der Fragestellung vorausschicken: Aktuelles Hauptproblem aller Universitäten der Bundesrepublik ist die Frage nach Inhalt und Form von Lehre und Studium angesichts des sichtbar werdenden und unwiderruflichen Wandels von Position und Funktion des Hochschulabsolventen im praktischen Beruf. Gleiche Wertigkeit hat die Frage nach der Rolle der Forschung in einer Hochschule, deren Lehraufgaben unter solchen Aspekten neu zu bestimmen sind. Diese Probleme stellen sich für alle Universitäten im Bundesgebiet so wenig unterschiedlich, daß ihnen gegenüber besondere Gegebenheiten der einzelnen Universität nur von nachgeordneter Bedeutung sind.

Wenn es um spezifische Probleme der Philipps-Universität gehen soll, so muß ich zuvor einige Besonderheiten dieser Universität skizzieren: Die Stadt Marburg hat heute rd. 70 000 Einwohner; unter ihnen sind 14 400 Studenten und rd. 6000 Köpfe Personal der Philipps-Universität. Innerhalb der Stadt hat damit die Universität eine Präponderanz wie nie zuvor. Das nach Norden gelegene frühere Kurhessen, dessen Landesuniversität Marburg war, ist ländlich strukturiert und in relativ geringem Maße industrialisiert. 31% der Marburger Studenten kommen aus dem Regierungsbezirk Kassel, die übrigen aus entlegeneren Gegenden Hessens und aus dem übrigen Bundesgebiet. Diese örtlichen und regionalen Merkmale spielen in die Probleme hinein, die ich für die gegenwärtigen Hauptprobleme der Marburger Universität halte.

Reformbereitschaft

In Marburg hat man in weiten Kreisen der Universität das Inkrafttreten des Hessischen Universitätsgesetzes im Jahre 1970 als eine Aufforderung verstanden, nach grundlegenden und dauerhaften Lösungen für die anstehenden Probleme der Hochschule zu suchen. Der im Gesetz angelegte Grundsatz z. B., daß akademische Lehre ausschließlich Sache der Hochschullehrer sein solle, ist damals ernstgenommen worden — ernster vielleicht, als Gesetzgeber und Regierung selbst ihn nahmen. Jahrelange Grundsatzdiskussionen in allen Gremien der Universität und der Fachbereiche hat es darüber gegeben, wie der Forderung Rechnung zu tragen sei, daß das Studium stärker berufsbezogen sein solle. Diese und manche andere Fragen stellen sich heute in einem veränderten Licht, sind in ein

komplizierter gewordenes Beziehungsgeflecht einzuordnen und verlangen andere Antworten als damals. Und so fragen sich viele, die sich um Reform bemüht haben, ob sie ihre Energien nutzlos verschlissen haben und ob diejenigen klüger taten, die sich abwartend verhalten haben. Der Widerspruch zwischen der Einsicht in die Größe der zu bewältigenden Aufgaben und der Erfahrung, daß Hochschulreform den flexiblen Pragmatismus der kleinen Schritte verlangt, läßt manchen mutlos werden. Und immer neue, sich überschlagende staatliche Entwicklungspläne, Richtwerte, Rechenformeln sind nicht geeignet, in der Selbstverwaltung der Universitäten neuen Mut zu erwecken.

Studienreform

In Marburg standen bis vor kurzem rd. 35% aller Studenten in der Ausbildung für das Lehramt an Gymnasien. Die für das Lehramtsstudium eingeführten rigorosen Zulassungsbeschränkungen senken diese Quote auf rd. 11% der Gesamtstudentenzahl. Insbesondere in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen führt das zu hohen Kapazitätsüberschüssen. Hier wird Studienreform vordringlich anzusetzen haben mit der Einrichtung von systematischen Magister- bzw. Diplom-Studiengängen. Die Ungewißheit über die künftige berufliche Verwendung dieser Studenten wird ein breitgefächertes Angebot an Nebenfach-Studienmöglichkeiten erforderlich machen. Niemand aber kann hinreichend zuverlässig sagen, inwieweit solche Studiengänge Zugang zum praktischen Beruf eröffnen; was immer die Universität in diesem Felde tut, sie betritt terra incognita.

Soweit modifizierte oder neue Studiengänge berufspraktische Einschübe enthalten sollen, sind für Marburg Schwierigkeiten vorauszusehen. Das Umland wird in den öffentlichen Institutionen und in der Wirtschaft Praktikumsplätze nur im beschränkten Ausmaß bieten können, so daß von daher die vorlesungsfreie Zeit erhöhte Bedeutung erhalten wird.

Die Studenten

Marburg kann den Studenten auch bei normaler Situation des Arbeitsmarktes nur geringe Möglichkeiten für Nebenerwerb bieten. Da die Lebenshaltungskosten hier kaum geringer sind als in der Großstadt, treten die Mängel in der sozialen Förderung der Studenten in besonderem Maße in Erscheinung.

Ein anderes zähle ich — vielleicht zu manchen Lesers Verwunderung — zu den wichtigen Problemen der Hochschule: In Marburg ist der Student stärker auf die Universität konzentriert als anderswo. Stärker als anderswo hätte die Universität die Aufgabe, ihm zu helfen, daß er auch seinen musischen Neigungen nachgehen kann. Derlei gilt aber für eine deutsche Universität als Luxus; es wird noch mancher Verhandlung mit staatlichen

Stellen bedürfen, bis die erforderlichen Verbesserungen vorgenommen werden können.

Die künftige Entwicklung

Ich bin sicher, daß in das Hochschulwesen nach mancherlei Umwegen wieder Vernunft einkehren wird. Die Vernunft wird vom Studenten herkommen. Der Student der kommenden Jahre wird wissen, daß sein Studium ihm keine Garantie für bestimmte Berufspositionen bietet. Er wird deshalb mit Sorgfalt sein Studienfach so wählen, daß es seinen Neigungen entspricht und zugleich ihm möglichst passable Berufsaussichten eröffnet. Über kurz oder lang wird er in den meisten Fächern seine Universität wieder frei wählen können, und er wird diejenige Universität wählen, die ihm in ihrem Studienangebot als attraktiv erscheint. Attraktiv meint weder ein leichtes noch ein im Niveau überzünftetes Studium, sondern ein geordnetes Studium, das in angemessener Zeit abgeschlossen werden kann und den Absolventen befähigt, in der Konkurrenz um Berufspositionen gut mitzuhalten. Ob der Studentenberg der starken Geburtsjahrgänge kommt oder nicht, eines Tages werden die Universitäten wieder um Studenten konkurrieren. Darauf muß sich die Universität schon jetzt einstellen, wenn sie nicht veröden und zu einer Institution mit Minimalausstattung herabsinken will.

Im Blick auf eine solche Entwicklung ist die Universität Marburg in besonderer Weise herausgefordert. Sie ist keine Regional-Universität, die sich auf einen potentiellen Besitzstand an Studienbewerbern aus der sie umgebenden Region verlassen könnte. Weniger als die Hälfte ihrer Studenten stammen aus Hessen. Beinahe seismographisch hat die Statistik über die Herkunft ihrer Studenten auf Neugründungen deutscher Universitäten reagiert, mag das die Gründung der Universität Hamburg im Jahre 1919 oder die Gründung der Universität Bochum im Jahre 1961 gewesen sein. Mehr als andere Universitäten ist sie gezwungen, durch gute Leistung Studenten anzuziehen, und dieser Zwang wird ein wirksamerer Anstoß zu nachhaltigen Bemühungen um sinnvolle Reformen sein als alle staatlichen Entwicklungspläne und Reformempfehlungen.

Hochschulsituation

Die Aufforderung, die Hochschulsituation in Hessen mit der anderer Bundesländer zu vergleichen, läßt mich an jenen Marburger Professor denken, der einen Ruf an eine außerhessische Universität ablehnte und diesen Entschluß mir gegenüber so begründete: „In Hessen haben wir die Umstellung auf die Gruppenuniversität und die sonstigen Formen des Hessischen Universitätsgesetzes in einer langen Periode vieler Schwierigkeiten

einigermaßen hinter uns gebracht; anderswo stände sie mir nochmals bevor." Das ist das mindeste, was sich zugunsten der hessischen Situation anführen läßt; sicher aber läßt sich noch mehr anführen:

Trotz manchen Fehlschlages im einzelnen kann nach meinen Beobachtungen das System der Gruppenuniversität eine gute Fortentwicklung genannt werden. In den meisten Gremien der Universität hat mehrjährige Einübung zu nützlicher Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der verschiedenen Gruppen geführt, und mancher Interessengegensatz zwischen Personen, Fächern und Arbeitseinheiten läßt sich gerade durch die Beteiligung aller Gruppen an den Beratungen neutralisieren. Innerhalb der Fachbereiche besteht eine engere wissenschaftliche Zusammenarbeit, als sie früher zwischen den quasi-autonomen Instituten bestand. Zwischen den korporationsrechtlich zu einer Gruppe zusammengefaßten Professoren besteht in den Fachbereichen mit geringen Ausnahmen ein gutes kollegiales Klima, und die Behauptung, daß das Mittelmaß sich durchgesetzt habe, trifft für fast alle Einheiten nicht zu.

Keine Rose ohne Dornen: Mir scheint, daß das Verhältnis zwischen kollektiver Entscheidung und persönlicher Verantwortung nicht optimal ausgewogen ist, und ich sehe, daß die Arbeitskontakte zwischen den Fachbereichen weniger eng sind als innerhalb der früheren Fakultäten — ein Mangel, der durch die Koordinationstätigkeit der zentralen Kollegialorgane nicht hinreichend kompensiert wird. Für den schwersten Nachteil der hessischen Situation halte ich es, daß infolge einer insoweit absolut verunglückten Strukturreform der größere Teil der wissenschaftlichen Mitarbeiter, insbesondere der wissenschaftliche Nachwuchs, sich in einer erheblich unbefriedigenderen und unsichereren Situation befindet als der frühere wissenschaftliche Assistent, und daß auch die Hochschule mit diesem vom Gesetz definierten Typus des wissenschaftlichen Mitarbeiters alles andere als das große Los gezogen hat.